
1999 Blochers Doppelspiel um die bilateralen Verträge
Basler Zeitung, Forum, 17. September 1999

Blochers Doppelspiel um die bilateralen Verträge

Remo Gysin und Ruedi Rechsteiner

Die SVP pflegt sich als jene Partei zu verkaufen, die gerne in der Pose des Märtyrers die Interessen der "kleinen Leute" verteidigt. Ein kurzes Inventar der wichtigsten Abstimmungen der vergangenen Sondersession kann aufzeigen, inwiefern die SVP ihrem Ruf gerecht wird.

Vorauszuschicken ist, dass man keineswegs Europafanatiker sein muss, um zu erkennen, dass der Stellenwert der bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der Europäischen Union hoch ist. Das "System Schweiz" mit direkter Demokratie und föderalistischem Aufbau wird stets in einem Spannungsverhältnis zu "Brüssel" stehen - ob als Mitglied oder als vermeintlich "freies Land" ausserhalb der EU. Der Einfluss der EU ist so oder so durch die normierende Kraft des Faktischen in allen Fragen spürbar.

Gerade deshalb sind die bilateralen Verträge so wichtig: Sie verschaffen uns neue Rechte und respektieren gleichzeitig viele Eigenheiten der schweizerischen Verfassung - von der direkten Demokratie bis zum Sonntagsfahrverbot für Lastwagen.

Verkehrspolitik: SVP gegen Verlagerungsziele

In den bilateralen Verträgen akzeptiert die EU das schweizerische Nachtfahrverbot, das Sonntagsfahrverbot und die leistungssabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA). Umgekehrt erhalten 40-Tönner Zutritt in die Schweiz. Das Verkehrsverlagerungsgesetz will deshalb die Zahl der alpenquerenden Schwertransporte auf neu 650'000 pro Jahr stabilisieren. Christoph Blocher mit seiner Partei bekämpfte dieses im Gesetz verankerte Verlagerungsziel, unterlag aber mit 128 gegen 50 Stimmen.

2007 oder 2014?

Die jetzt im Gesetz verankerten Ziele befriedigen noch nicht ganz. Der Nationalrat entschied sich für die Fassung des Bundesrates, wonach das Verlagerungsziel "ein Jahr nach Eröffnung des Gotthard-Basistunnels" erreicht sein muss; der Ständerat will überhaupt keine Fristen. Die Umweltorganisationen verlangen demgegenüber, dass das Ziel auf nur 500'000 Fahrten bis zum Jahr 2007 verschärft wird. Die Herbstsession wird die Klärung bringen. Immerhin sollte nicht unterschätzt werden, welch grosse Bedeutung die im Ausland mit deutlichem Murren kommentierte völkerrechtliche Anerkennung des Nacht- und Sonntagsfahrverbots hat. Beides verschafft den Bahnen einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil, und die schweizerischen Transporteure sind vor diskriminierenden Retorsionsmassnahmen geschützt!

Manche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind durch die schrittweise Einführung des freien Personenverkehrs mit der Europäischen Union beunruhigt. Basel hat heute knapp 30'000 Grenzgänger, deren Arbeitsbewilligungen streng bewirtschaftet werden. Diese Beschränkungen sollen nun schrittweise aufgehoben werden. Der Wettbewerb um die Arbeitsplätze wird deshalb zunehmen.

Nach dem Scheitern des EWR-Vertrages von 1992 haben Parlament und Wirtschaft dazugelernt. Vorausblickend wurden diesmal Gesetze beschlossen, die die

Arbeitgeber daran hindern, im Ausland billige Arbeitskräfte zu rekrutieren, die die Schweizer Gesamtarbeitsverträge unterlaufen. Solche Entsendegezeite gibt es in der ganzen EU ebenfalls.

Bisher war das Saisonierstatut der eigentliche Einwanderungsmotor in die Schweiz, denn die temporär zugelassenen Billiglohnarbeiter und –arbeiterinnen hatten wenig Rechte, durften die Stelle nicht wechseln und arbeiteten oft für ein Butterbrot. Eine neue, wirtschaftlich motivierte Völkerwanderung soll in den Verträgen mit der EU von Anfang an verhindert werden. Mindestlöhne, die erleichterte Allgemeinverbindlichkeit von Gesamtarbeitsverträgen sowie rasche Entscheide von tripartiten Schiedsgerichten sollen die vertraglichen Arbeitsbedingungen der einheimischen Bevölkerung schützen. Davon profitieren auch jene Betriebe in Gewerbe und Industrie, die ihren Beschäftigten anständige Löhne bezahlen und so vor Dünkingtarifen der auswärtigen Konkurrenz geschützt werden.

Blocher gegen Arbeitnehmerschutz

Auch hier ist das Abstimmungsverhalten der SVP aufschlussreich. Jene Partei, die mit sehr viel Geld und fragwürdigsten Methoden die Ausländer zum Negativthema stilisiert und laut polternd so tut, als würde sie die Arbeiterschicht verteidigen, wollte keinerlei gesetzlichen Schutz der gewerkschaftlich ausgehandelten Lohnbestimmungen.

Die SVP-Fraktion wollte mit einem Antrag von Caspar Baader (SVP/BL), lautstark unterstützt von Christoph Blocher, die Bestimmung streichen, wonach ein Gesamtarbeitsvertrag mit Mindestlöhnen erlassen werden kann, wenn festgestellt wird, dass "die orts-, berufs- und branchenüblichen Löhne und Arbeitsbedingungen wiederholt in missbräuchlicher Weise unterboten werden". Im Nationalrat hat sich dann aber mit 114 zu 57 Stimmern der Kompromiss zugunsten der Schweizer Beschäftigten durchgesetzt.

Eine Chance für Basel

Mit den Beschlüssen der Sondersession - so sie denn auch vom Ständerat akzeptiert werden, wurden die Voraussetzungen verbessert, dass unsere europafreundliche Region guten Gewissens Ja zu den bilateralen Verträgen stimmen kann. Schliesslich sind wir das Zusammenleben mit einer hohen Zahl an Grenzgängern längst gewohnt. Die bilateralen Verträge sind eine grosse Chance für ein normalisiertes Verhältnis zu unseren Nachbarn. Sie verschaffen uns nicht nur im Handel, im Verkehr und in der Forschung Vorteile, sondern sie geben allen Bürgerinnen und Bürgern auf der Basis von Recht und Gegenrecht mehr Freiheit: Wir können in Zukunft den Wohnort, den Studien- und den Arbeitsplatz wie alle Europäer freier als je zuvor in der Geschichte selber wählen.

Auch wenn aus Erfahrung nur ein paar Prozent der Bevölkerung von diesen Freiheiten Gebrauch machen, wird es Zeit, den Wert dieser Bestimmungen auf lange Sicht zu erkennen. Und schliesslich geben uns die Verträge den nötigen Spielraum, uns ohne Zeitdruck über einen EU-Beitritt klarzuwerden - über die Möglichkeit, nicht nur gleichberechtigt mitzureden, sondern demokratisch in einem grösseren Verbund mitzubestimmen über Fragen, die uns so oder so in Zukunft beschäftigen werden.

Remo Gysin, 1945, Dr.rer.pol., Nationalrat SP-Basel-Stadt
Ruedi Rechsteiner, 1958, Dr. rer. pol., Nationrlrat SP-Basel-Stadt